

Der Grosse Rat des Kantons Bern

Dienstag (Nachmittag), 29. November 2016

Polizei- und Militärdirektion

58 2016.RRGR.366 Motion 086-2016 Guggisberg (Kirchlindach, SVP)
Zum Schutz von Leib und Leben von Einsatzkräften und zur Wiederherstellung der
Rechtsordnung

Vorstoss-Nr.: 086-2016
 Vorstossart: Motion
 Eingereicht am: 30.03.2016
 Eingereicht von:

Guggisberg (Kirchlintach, SVP) (Sprecher/in)
Klopfenstein (Zweisimmen, FDP)
Freudiger (Langenthal, SVP)

Weitere Unterschriften: _____
RRB-Nr.: 1034/2016 vom 14. September 2016
Direktion: Polizei- und Militärdirektion

Zum Schutz von Leib und Leben von Einsatzkräften und zur Wiederherstellung der Rechtsordnung

1. Der Regierungsrat wird beauftragt, zum Schutz der Polizeikräfte bei Einsätzen um die Reitschule Bern ab sofort mit der notwendigen personellen Stärke zu operieren.
2. Im Weiteren wird er aufgefordert, beim Regierungsrat dafür zu sorgen, dass im Sicherheitskonzept der Reitschule verankert wird, dass ein von der IKUR unabhängiger Sicherheitsdienst für Ruhe und Ordnung im Inneren der Reitschule sorgt.
3. Der Regierungsrat wird beauftragt, die notwendigen Schritte an die Hand zu nehmen, um die Stadt Bern betreffend Sicherheit in der und um die Reithalle von der strategischen Verantwortung zu entlasten.

Begründung:

Vom 5. auf den 6. März 2016 ist die Polizei von gewaltbereiten Aktivisten vorsätzlich zwischen zwei improvisierten Strassensperren auf der Schützenmattstrasse in einen Hinterhalt gelockt worden. Die Linksautonomen haben die Polizei und später auch die Feuerwehr vom Dach der Reitschule aus mit Steinen und Feuerwerkskörpern angegriffen, heisst es im Communiqué der Polizei. Dabei seien 11 Polizisten verletzt worden.

Die Ausschreitungen in letzter Zeit haben das tolerierbare Mass bei weitem überschritten. Schon letzten Februar, also vor einem Jahr, sind in terrorähnlicher Manier die Polizeiwache und sechs Polizeifahrzeuge angegriffen und verwüstet worden. Verfolgen die Polizisten die verummten Aggressoren, so können sie diese nur bis auf den Vorplatz verfolgen.

Die Möglichkeit, sich nach illegalen Aktionen in einen Sektor der Autonomie zurückziehen zu können, verstösst gegen unsere Rechtsordnung. Dieser Zustand ist in der Stadt Bern politisch breit abgestützt bzw. zumindest geduldet. Aus diesem Grund ist es höchste Zeit, dass der Regierungsrat aktiv wird.

Antwort des Regierungsrats

Zu Ziffer 1

Damit die Kernaufgabe der Kantonspolizei Bern, die Aufrechterhaltung der sicherheits-, verkehrs- und gerichtspolizeilichen Tätigkeiten im ganzen Kanton, erfüllt werden kann, wird die Sicherheitslage laufend analysiert und bewertet. Aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse werden Schwerpunkte

gebildet und allenfalls weitere Massnahmen eingeleitet.

Der Bereich um die Reitschule gilt als Schwerpunkt, die Situation wird entsprechend laufend beurteilt und verstärkt kontrolliert. Eskalierende Ereignisse durch gewaltbereite Personen erfolgen in der Regel spontan und sind daher nicht vorhersehbar.

Die Kantonspolizei operiert beim Einsatz ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch im Rahmen der Verhältnismässigkeit. Ein permanenter Einsatz zugunsten der Reitschule würde diesem Grundsatz widersprechen und operative Einschränkungen mit sich bringen.

Zu Ziffer 2

Im Nachgang zu den vom Motionär erwähnten Ereignissen vom 5. Und 6. März 2016 rund um die Reitschule fand unter der Führung des Polizei- und Militärdirektors ein Gespräch zwischen der Kantonspolizei, dem Regierungsratshalter und Vertretungen der Stadt Bern statt. Von Seiten der Stadt haben unter anderem der Stadtpräsident sowie der Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie teilgenommen. Dort wurde der Konsens für ein gemeinsames Vorgehen von Stadt und Kanton Bern bekräftigt.

Die Forderung nach einem unabhängigen, ausgebildeten und gekennzeichneten Sicherheitsdienst bei der Reitschule wurde von Seiten der Polizei- und Militärdirektion immer unterstützt und auch an besagter Besprechung nochmals eingebracht. Die unter Ausschluss der städtischen Sicherheitsdirektion und der Kantonspolizei ausgehandelte und für ein Jahr als relevant erklärte Zusatzvereinbarung zum Sicherheitskonzept der Reitschule erfüllt die Erwartungen in diesem Bereich nicht. Die Zusatzvereinbarung sieht immerhin vor, dass die Betreiber der Reitschule dem Regierungsratshalter jährlich nachweisen müssen, dass die Mitarbeitenden des hausinternen Sicherheitsdienstes die notwendigen Aus- und Weiterbildungen absolviert haben.

Zu Ziffer 3

Die Reitschule ist eine kommunale Einrichtung, somit sind primär die Stadtbehörden gefordert. Der Leistungsvertrag mit der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule (Ikur) wird von der Stadt genehmigt und wurde am 23. Mai 2016 letztmals für vier Jahre verlängert.

Der Grosse Rat hat sich anlässlich der Junisession 2016 im Rahmen der Beratungen zur Motion 049-2016 Fuchs¹ letztmals zur Zuständigkeit geäussert und eine Einmischung in städtische Kompetenzen abgelehnt. Der Regierungsrat lehnt eine Änderung der Zuständigkeiten ebenfalls ab.

Der Regierungsrat beantragt:

Punktweise beschlossen

Ziffer 1: Annahme und gleichzeitige Abschreibung

Ziffer 2: Annahme und gleichzeitige Abschreibung

Ziffer 3: Ablehnung

Präsident. Wir fahren mit Traktandum 58 weiter. Es geht um eine Motion von Grossrat Guggisberg. Der Regierungsrat will punktweise abstimmen. Er ist bei Ziffer 1 für die Annahme und gleichzeitige Abschreibung. Auch bei Ziffer 2 ist er für Annahme und gleichzeitige Abschreibung, und Ziffer 3 lehnt er ab. Wir führen eine freie Debatte. Als erstes hat Grossrat Guggisberg das Wort.

Lars Guggisberg, Kirchlindach (SVP). Als erstes möchte ich dem Regierungsrat dafür danken, dass er unsere Motion wenigstens in zwei Punkten gutheisst. Auf das Thema Abschreibung komme ich später noch zu sprechen. Zweitens möchte ich gleich zu Beginn folgendes festhalten: Die Reithalle bietet kulturell einiges, und vieles davon ist gut. Das möchte ich nicht in Abrede stellen. In jüngeren Jahren habe ich die Reithalle auch hin und wieder besucht und kann dies durchaus beurteilen. Doch heute geht es um etwas anderes: Es geht um die blinde Gewalt, die sich in regelmässigen Abständen und mit zunehmender Härte vor, auf und in der Reithalle abspielt. Es geht um die dunkle Seite der Reithalle, die leider alles andere, Vernünftige, bei weitem überschattet. Ein Beispiel von unzähligen, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten ereignet hat, spielte sich vor einigen Monaten ab. In der Nacht vom 5. auf den 6. März haben Chaoten im Bereich der Reithalle mehrere Polizisten und Feuerwehrleute zwischen zwei improvisierte Strassensperren gelockt mit dem einzigen Ziel, diese Einsatzkräfte mit Steinen und Feuerwerkskörpern anzugreifen. Elf Kantonspolizisten wurden dabei verletzt. Damit wir alle von denselben Dimensionen ausgehen, habe ich Ihnen diesen Stein mitgebracht (*Der Redner zeigt dem Rat einen Stein von ca. 15 cm Länge und 5–10 cm Dicke.*). Einen Stein dieser Grössenordnung hat man von einem erhöhten Punkt aus auf die ausgerückten Kräfte abgeworfen. Ein Polizist wurde von einem solchen Brocken am Kopf getroffen. Ich

¹ Berner Reitschule – Muss es wirklich erst Tote geben, bis die Politik reagiert? Nein: Darum muss jetzt die Berner Regierung Verantwortung zeigen!

denke, wir müssen nicht darüber diskutieren: Wenn man einen Stein dieser Grösse aus fünf bis sechs Metern Höhe an den Kopf geworfen bekommt, hat man reines Glück, wenn man überlebt. Das wäre, wie wenn ein Stein von der Tribüne aus hinuntergeworfen würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ausschreitungen in den letzten Monaten, Jahren und Jahrzehnten haben das tolerierbare Mass bei weitem überschritten. Die Stadt ist nicht in der Lage, das Problem Reithalle zu lösen. Wenn Leib und Leben von Kantonspolizistinnen und Polizisten, Sanitärerinnen, Sanitätern und Feuerwehrleuten ausgehend von einer Institution gefährdet werden, haben wir es nicht mehr mit einem kommunalen, sondern mit einem kantonalen Problem zu tun. Ich möchte noch etwas klarstellen: Diejenigen, die den Eindruck haben, ich wollte der Stadt Bern in die Suppe spucken, liegen falsch. Ich möchte vielmehr helfen, diese Suppe mit konstruktiven Vorschlägen auszulöffeln. Der Krug geht zum Brunnen bis er bricht. Im vorliegenden Fall müsste man vielmehr sagen: «Der Schädel des Polizisten geht zur Reithalle, bis er bricht.» Meine Mitmotionäre und ich wollen jedoch nicht warten, bis es Tote gibt. Wir wollen etwas dagegen unternehmen. Es ist ganz normal: Wenn ein Problem auf unterer Stufe nicht gelöst werden kann, braucht es eine höhere Eskalationsstufe. Im vorliegenden Fall ist die nächste Eskalationsstufe der Kanton. Ich will nicht im Nachhinein einem siebenjährigen Kind ins Gesicht sagen müssen: «Es tut mir leid. Aufgrund der Gemeindeautonomie haben wir nichts unternehmen und die schweren Verletzungen oder den Tod deines Vaters oder deiner Mutter nicht verhindern können.» Gemeindeautonomie bedeutet nicht, die Augen, die Ohren und den Mund zu verschliessen. Wenn in einer Gemeinde derart gravierende Missstände herrschen, ist es unsere Pflicht, einzugreifen. Dies steht übrigens auch in unserem Gemeindegesetz.

Ich hoffe, auch Sie wollen Ihre Verantwortung wahrnehmen und sie nicht einfach abschieben. Wenn die Reitschule mit guter Kultur von sich reden macht, bin ich der erste, der applaudiert. Solange sie jedoch vor allem als rechtsfreier Raum dient, als Ort, der Chaoten Unterschlupf bietet, bin ich nicht bereit, wegzuschauen. Ich fühle mich als Kantonsparlamentarier verantwortlich für die Gesundheit unserer Polizistinnen und Polizisten. Ich hoffe, dass dies auch für Sie zutrifft. Diese Polizistinnen und Polizisten stammen zum Beispiel aus Nidau, aus Münsingen, Steffisburg, Thun, Schwarzenburg, Biel, Lyss, Burgdorf, Langenthal, Langnau – und ja, Grossrat Wüthrich, Polizistinnen und Polizisten stammen auch aus Huttwil. Die Reithalle hat ihren Betrieb im Sommer kurz eingestellt mit der Begründung, dass die Politik nichts unternehme. Wir wollen nun etwas tun, und wir verlangen nicht viel. Wir verlangen einen unabhängigen Sicherheitsdienst und eine Entlastung der Stadt bei strategischen Sicherheitsfragen. Ich bitte Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen: Lassen Sie die Polizisten nicht im Regen stehen, helfen Sie Ihnen und unterstützen Sie diesen Vorstoss.

Präsident. Offenbar wollen keine Mitmotionäre das Wort ergreifen. Wir kommen somit zu den Fraktionen.

Andreas Burren, Lanzenhäusern (SVP). «Schon wieder eine Motion gegen die oder wegen der Reitschule», tönt es aus jenen Kreisen, die den Eindruck haben, dass im Zusammenhang mit der Reitschule alles in Ordnung sei. «Schon wieder...» tönt es bei den anderen Leuten, wenn fast wöchentlich in den Medien zu lesen, zu hören und zu sehen ist, dass es rings um die Reitschule Ausschreitungen mit Polizeieinsätzen gegeben hat. Aus denselben Reihen heisst es auch immer wieder: «Tut endlich etwas, bevor es Tote gibt!» Aus dieser Situation heraus ist diese Motion entstanden. Auch bei uns zuhause führen wir solche Diskussionen. Unser Sohn besucht ab und zu im Dachstock Konzerte. Er sagt dann jeweils, wir sollten «nicht immer so blöd auf der Reitschule herumhacken». Ich diskutiere dann mit ihm und frage ihn, ob er es richtig finde, wenn einer einen faustgrossen oder noch grösseren Stein gegen Polizeibeamte wirft und in Kauf nimmt, dass er jemanden verletzt oder sogar umbringt, und danach in die Reitschule flieht und dort geschützt wird. Er sagt dann jeweils, es seien einfach ein paar Chaoten, die das tun. Doch er findet auch, dass dies nicht gut ist und dem Image der Reitschule schadet. Seit kurzem sieht er es zudem ein wenig anders: Einer seiner WG-Mitbewohner hat sich für die Polizei-RS angemeldet. Auch dieser junge Mann hat ab und zu die Reitschule besucht. Es könnte nun durchaus sein, dass er in einem Jahr als Polizist zu einem Einsatz in die Nähe der Reitschule gehen muss. Auf der anderen Seite könnte dann einer stehen, der einen faustgrossen Stein auf jemanden hinunterwirft, mit dem er erst vor kurzem in der Reitschule ein Bier getrunken hat. Er nimmt somit in Kauf, jemanden zu verletzen, der eigentlich gleichgesinnt ist wie er, nur weil dieser seine Arbeit macht.

Letzten Donnerstag durften wir an einer Führung durch die Reitschule teilnehmen. Ich sage auch, dass dort gute Konzerte durchgeführt werden. Dagegen haben wir nichts. Mir persönlich schien

diese Führung allerdings nicht so professionell. Wenn zwei eine Führung anbieten und der eine immer den anderen korrigieren muss, ist das für mich nicht besonders professionell. Deshalb habe ich auch Bedenken, was die Qualität der Ausbildung betrifft, wenn diese Leute das Sicherheitspersonal selber ausbilden. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass Punkt 2 angenommen wird und ein externer Sicherheitsdienst eingesetzt werden muss. Ich bitte Sie, diesen Punkt zu unterstützen und die Abschreibung abzulehnen. Zu Punkt 3: Wir hatten gerade Wahlen in Bern. Die Regierung ist weiterhin rot-grün. Die rot-grüne Regierung steht stets in der Kritik von Seiten des ländlichen Raums, weil sie nichts unternimmt. Also nehmen wir sie aus der Verantwortung und stimmen wir Punkt 3 zu. Dies dient auch dem Schutz der rot-grünen Regierung. Die SVP wird allen drei Punkten zustimmen und die Abschreibung ablehnen. Bitte tun Sie dies ebenfalls.

Anna-Magdalena Linder, Bern (Grüne). Aufgrund der gewaltsamen Ausschreitungen in der Nacht vom 5. auf den 6. März in der Stadt Bern reichte der Motionär den vorliegenden Vorstoss ein. Es geht ihm darum, Massnahmen zu treffen, damit der Schutz von Leib und Leben gewährleistet ist und die Rechtsordnung wiederhergestellt wird. Wir Grünen haben diese Motion ausführlich und emotional diskutiert. Dies wird sich auch im Abstimmungsverhalten unserer Fraktion zeigen. Grossrat Guggisberg hat bereits geschildert, was an jenem Wochenende geschehen ist. Solche Ausschreitungen hinterlassen viele Fragen und ein grosses Kopfschütteln. Wer sind diese Krawallmacher, die derart brutal und aggressiv auf Leute losgehen, die als Polizistinnen und Polizisten sowie als Feuerwehrleute ihre Arbeit machen? Es geht um Männer und Frauen, die eine Familie haben und hinter ihrer Montur ganz normale Menschen sind. Solche Gewalt macht ohnmächtig und sprachlos. Die Art und Weise, wie diese Chaoten operieren, ist perfid. Auch durch die sozialen Medien hat das Mobilisieren von Leuten ein Ausmass angenommen, welches fast nicht mehr kontrollierbar ist. Geschieht dies aus Langeweile? Aus Frust, Überforderung oder Wohlstandsverwahrlosung? Gegen welches Establishment muss man sich auflehnen? Eines ist klar: Diese Fragen sind schwer zu beantworten.

Wir Grünen verurteilen Gewalt aufs Schärfste, und wir wollen keine Toten, weder bei der Polizei noch bei den jugendlichen Krawallmachern. Die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden und für ihre Taten Verantwortung übernehmen. Uns ist der Schutz von Leib und Leben sowie die Rechtsordnung genauso wichtig wie Grossrat Guggisberg. Die Problematik rund um die Reitschule ist jedoch nicht schwarz-weiss. Die Gewalt an Polizisten, Ausschreitungen, Vandalismus, sei es bei der Reitschule oder im Zusammenhang mit einem Fussballmatch, sind Mechanismen, die schwer zu erklären sind. Es wird schwierig, wenn gewaltbereite Personen ausscheren und andere Leute zum Mitziehen anstiften. Dabei entsteht ein Aggressionspotenzial, und der Wille, Verwüstungen anzurichten, ist gross. In solchen Situationen sinken auch die Hemmschwellen. Dieses Phänomen hat es immer schon gegeben. Das entschuldigt solches Verhalten in keiner Art und Weise, aber es zeigt auf, dass es sich um ein gesellschaftliches Phänomen handelt. Wir sind nicht sicher, ob die Massnahmen, die vom Motionär gefordert werden, das Problem wirklich aus der Welt schaffen würden.

Als erstes möchte ich Grossrat Guggisberg folgendes sagen: Wir hatten eine gewisse Sympathie dafür, dass der Motionär versuchte, in dieser schwierigen Situation Lösungen aufzuzeigen. Es liegt jedoch auf der Hand, dass diese Lösungen für uns Grüne nicht zielführend sind. Der Hauptgrund liegt sicher darin, dass sich die Motion nicht auf der richtigen Flughöhe befindet. Sie stellt zudem einen Eingriff in die Gemeindeautonomie dar. Wenn jemand seine Hausaufgaben endlich erledigen sollte, dann sind es in unseren Augen ganz klar die drei direkt beteiligten Parteien: Die Stadt Bern, die Reitschüler und nicht zuletzt auch die Polizei. Es braucht einen ehrlichen Dialog zwischen diesen Parteien. Vertrauen und Transparenz sind gefordert sowie der Abbau von Vorurteilen und Feindbildern auf allen Seiten. Reitschüler und Polizei sollen endlich damit aufhören, sich bis zur Eskalation zu provozieren. Der Vorplatz und die gesamte Umgebung der Reitschule brauchen eine Aufwertung. Weiter muss man eine Lösung für die Anlaufstelle für Drogenabhängige finden, damit diese von der Hodlerstrasse wekommt. Die Stadt sollte ihre Verantwortung wahrnehmen und die bereits eingeleiteten Massnahmen vorantreiben.

Nun zu den einzelnen Punkten: Punkt 1 der Motion lehnen wir grossmehrheitlich ab. Wir sind der Meinung, dass ein dauerhafter Einsatz rund um die Reithalle kontraproduktiv und unverhältnismässig wäre. Es würde zudem eine weitere Plattform für neue Provokationen entstehen. Punkt 2 wird grossmehrheitlich abgelehnt bei einigen Enthaltungen. Man kann der Reitschule nicht diktieren, dass sie einen unabhängigen Sicherheitsdienst für Ruhe und Ordnung sorgen lässt. Das würde nie und nimmer funktionieren und stünde total schräg in der Landschaft. Wir sind der Meinung, dass die

Reitschule hier die Verantwortung übernehmen und dafür sorgen muss, dass ihre Leute die notwendigen Massnahmen treffen. Punkt 3 lehnen wir einstimmig ab. Wie ich schon erwähnt habe, bewegt er sich nicht auf der richtigen Flughöhe und wäre ein Eingriff in die Gemeindeautonomie.

Daniel Schwaar, Wileroltigen (BDP). Einmal mehr beschäftigen wir uns in diesem Rat mit einer Motion zu diesem Reizthema. Es treffen gegenteilige Ansichten zu den Themen Kultur und Sicherheit aufeinander. Weiter zeigen sich die Unterschiede zwischen Reithalle-Betreibern auf der einen und den städtischen Behörden bzw. dem Kantonsparlament auf der anderen Seite. Das Anliegen des Motionärs hat in unserer Fraktion eine interessante, intensive und zugleich kontroverse Diskussion ausgelöst. Von einigen Mitgliedern unserer Fraktion wird die Meinung vertreten, dass die Reithalle, ihre Umgebung und die heute zur Debatte stehenden Herausforderungen eine städtische Angelegenheit sind. Der Grosse Rat solle sich nicht in die Gemeindepolitik einmischen. Es sei ausschliesslich die Aufgabe der Stadt Bern, mit den Betreibern Lösungen und Konzepte zu finden, damit sich solche Eskalationen nicht wiederholen. Daran werde gearbeitet. Zudem wird stark in Frage gestellt, was sich denn überhaupt ändern würde, wenn man diese Motion annähme. Der Grosse Rat löse mit der Überweisung dieser Motion keinerlei Probleme.

Es gibt jedoch auch befürwortende Stimmen in unserer Fraktion. Diese sagen, das Ganze sei längst keine rein städtische Angelegenheit mehr. Obschon die Stadt ihre Ressourcen bei der Kantonspolizei anfordere, seien es dennoch Kantonsangestellte, die sich im Bedarfsfall den widrigen Gegebenheiten und Gefahren aussetzen. Hier habe der Kanton seine Verantwortung wahrzunehmen. Zudem fehlt der Glaube, dass die Verantwortlichen der Stadt Bern in dieser Thematik alles Notwende unternehmen bzw. sich durchsetzen, damit sich solche Gewaltszenen in Zukunft nicht wiederholen. Die Befürworter vertreten die Meinung, dass durchaus auf Kantonsebene Zeichen gesetzt werden sollten. Soviel zur Diskussion. Sie sehen, die Gründe dafür und dagegen halten sich die Waage. Für die Abstimmung bedeutet dies folgendes: Die Hälfte unserer Fraktion lehnt Punkt 1 ab, die andere Hälfte stimmt der Forderung zu. Im Falle einer Annahme wird die Abschreibung mehrheitlich befürwortet. Zu Punkt 2: Eine knappe Mehrheit stimmt diesem Anliegen zu. Die Abschreibung wird im gleichen Verhältnis abgelehnt. Punkt 3 lehnen wir einstimmig ab.

Nathan Güntensperger, Biel/Bienne (glp). Es wurde schon sehr viel gesagt. Wie bereits erwähnt, ist dies fast ein «klassischer» Reitschul-Vorstoss aus den Reihen der SVP, sekundiert von einem FDP-Grossrat. Der Vorstoss befindet sich leider wie üblich auf der falschen Flughöhe, was auch schon gesagt wurde. Aus den im Rat oft vorkommenden Mini-Nationalräten sind nun flugs Maxi-Stadträte geworden. Nichtsdestotrotz: Was rund um die Reitschule teilweise geschieht, ist besorgniserregend. Es ist ärgerlich und manchmal schlicht unterirdisch. Für uns Grünliberale ist es auch immer wieder unverständlich, warum die Stadt Bern keine befriedigende Lösung finden will oder kann. Uns erstaunt, dass der Regierungsrat die Ziffer 2 annehmen und abschreiben will, obwohl die Zusatzvereinbarung zum Sicherheitskonzept der Reitschule nicht den Erwartungen des Kantons entspricht, und kein unabhängiger Sicherheitsdienst in der Reitschule existiert. Warum also abschreiben? Wir werden Ziffer 1 grossmehrheitlich annehmen und Ziffer 2 annehmen und nicht abschreiben, aber Ziffer 3 lehnen wir ab.

Hubert Klopfenstein, Zweisimmen (FDP). Ich bin gleichzeitig Mitmotionär und Fraktionssprecher. Im Gegensatz zu Grossrätin Linder haben wir in unserer Fraktion nicht so emotional über dieses Thema diskutiert, was auch nicht falsch ist. Punkt 1 können wir so annehmen, wie die Regierung es tut. Bei Punkt 2 wird ein klarer Auftrag erteilt, indem verlangt wird, einen guten Sicherheitsdienst aufzustellen. Es ist sehr mutig vom Regierungsrat, zu sagen, man solle diesen Punkt abschreiben. Dieser Auftrag ist nicht erfüllt, wie die Regierung selber schreibt. Auf der Ebene der Stadt lief in letzter Zeit nicht sehr viel, der Stadtpräsident kümmerte sich in letzter Zeit nicht mehr so intensiv um die Reithalle. Seine GmbH war wohl wichtiger. Der «nichtbürgerliche Polizeidirektor» – gemäss der gestrigen «Berner Zeitung» – hat sich auch nicht sehr darum gekümmert. Wie dem auch sei: Die Regierung schreibt selbst auf Seite 2, dass die Erwartungen nicht oder noch nicht erfüllt wurden. Somit kann man weiss Gott diesen Auftrag noch nicht abschreiben. Ich bitte Sie deshalb, Ziffer 2 anzunehmen und nicht abzuschreiben. Die Ziffer 3 ist etwas heikel, hier stehen wir in einem Dilemma. Es ist eine kommunale Einrichtung. Der Kanton hat dort nichts zu suchen, weil die Stadtbehörden zuständig sind. Die Verantwortlichen für die Stadtbehörden wurden letztes Wochenende gewählt. Nun wurde das Klima dadurch vermutlich noch reitschul-freundlicher. Meine Analyse ist klar: Die Reitschule wurde letztes Wochenende fast heiliggesprochen, indem es beinahe ein 5:0 gege-

ben hätte, trotz des berühmten Steins. Für mich ist die Reitschule ein hoffnungsloser Fall. Aber offenbar wollen das die Berner so haben, also reden wir ihnen nicht drein. Die Regierung sagt, der Punkt sei nicht stufengerecht. Die FDP ist hier leicht gespalten. Wir haben den Punkt abgelehnt und folgen damit der Regierung. Doch es ist nicht auszuschliessen, dass einige Freisinnige trotzdem zustimmen. Ich kenne zumindest einen Freisinnigen, der zustimmen wird. *(Heiterkeit.)*

Adrian Wüthrich, Huttwil (SP). Sobald in der Reitschule etwas geschieht, gibt es hier drin automatisch einen Vorstoss, das ist bekannt. Es war in der Tat tragisch, was in der Nacht vom 5. auf den 6. März vor der Reitschule geschehen ist. Es wurden elf Polizistinnen und Polizisten verletzt. Einer davon wird lebenslänglich ein Problem mit dem Gehör haben. Das ist schlimm. Dass nun auch Feuerwehrleute in einen Hinterhalt gelockt und mit Geschossen beworfen wurden, können wir ebenfalls nicht tolerieren. Auf der anderen Seite können wir ebenfalls nicht tolerieren, dass man danach mit solchen Vorstössen über das Ziel hinausschiesst. Deshalb lehnt meine Fraktion diesen Vorstoss ab. Wenn wir die von Punkt 1 geforderte personelle Stärke an jedem Wochenende haben wollten, bräuchten wir ein paar hundert zusätzliche Polizistinnen und Polizisten. Die Kantonspolizei hat nicht die nötigen Ressourcen, um ein Wochenende lang in Kompaniestärke rund um die Uhr vor der Reitschule bereitzustehen. Wenn wir nicht wollen, dass auf dem Land entsprechend weniger Polizeipräsenz vorhanden ist, dann können wir Punkt 1 nicht annehmen.

Zu Punkt 2: Wenn man einem Betreiber einen unabhängigen Sicherheitsdienst aufoktroiert, würde man ein Präjudiz dafür schaffen, dies an anderen Orten auch zu tun. Ich habe während meiner acht Jahre als Gemeinderat in Huttwil mehrere Veranstalter dazu zwingen müssen, einen privaten Sicherheitsdienst zu engagieren. Doch wir haben niemandem vorgeschrieben, welchen Sicherheitsdienst er verpflichten muss. Dies ist gemäss unserer Rechtsordnung normal. Der Regierungsstatthalter befasst sich zurzeit mit diesem Problem, und wir haben ein Polizeigesetz, in welchem es auch klare Regelungen zum Thema Sicherheitsdienst geben wird. All diejenigen, die letzten Donnerstag beim Besuch in der Reithalle dabei waren, haben festgestellt, dass der Sicherheitsdienst offenbar die Lage im Inneren des Kulturzentrums im Griff hat. Das Problem besteht ausserhalb der Reithalle, namentlich auf dem Vorplatz. Hier ist man sich anscheinend zwischen Reitschule und Stadt Bern nicht ganz einig, wer die Verantwortung trägt. Wenn man nun in Punkt 2 sagt, es brauche im Inneren einen anderen Sicherheitsdienst, weil dort ein Problem mit der Sicherheit bestehe, wäre dies nicht ganz korrekt. Uns wurde gesagt, es seien im Inneren jeweils Tausende von Besucherinnen und Besuchern anwesend. Die Reitschule trägt hier die Verantwortung und hat einen Sicherheitsdienst mit über 80 Personen engagiert. Meines Wissens gab es im Innern noch nie Verletzte unter den Besucherinnen und Besuchern dieser Veranstaltungen, die übrigens im In- und Ausland bekannt sind.

Zu Punkt 3: Man will der Stadt Bern die Verantwortung wegnehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, am letzten Wochenende wurde ein neuer Gemeinderat gewählt. Geben wir ihm eine Chance, zu zeigen, dass er diese Verantwortung übernehmen will. Neue Personen werden an diesen Gesprächen teilnehmen. Wir fänden es schlecht, heute im Grossen Rat etwas vorwegzunehmen. Deshalb ist Punkt 3 abzulehnen, auch mit Blick auf die Gemeindeautonomie.

Ein Wort zum Schluss: Es gibt in unserer Gesellschaft Leute, die sogar uns und diesen Rat ablehnen. Das können Sie im Bericht des Basler Soziologen Mäder über die Reitschule nachlesen. Diese Leute sind nun einmal in unserer Gesellschaft auch vorhanden. Es sind Personen, die den Staat ablehnen und keine gesellschaftlichen Regeln haben wollen. Davon gibt es ein paar, und diese bewegen sich gerne im Umfeld der Reitschule. Die Reitschule als Organisation kann nicht viel dagegen tun, wenn es sogar Personen gibt, die Regeln innerhalb der Reitschule ablehnen. Wir können nur hoffen, dass der Dialog in und mit der IKUR gelingt und man wieder miteinander spricht, wenn es brenzlig wird. Besonders wenn es brenzlig wird, muss man miteinander reden können, das haben wir auch am letzten Donnerstag gehört. Wir hoffen, dass die IKUR und die Kantonspolizei Bern hier einen Modus Vivendi finden und in solchen Situationen zusammen reden können. Dieser Vorstoss geht aus Sicht unserer Fraktion zu weit.

Marc Jost, Thun (EVP). Wie viele vorangehende Debatten zu diesem Thema zeigt auch die heutige Diskussion eine gewisse Ratlosigkeit gegenüber dieser unverständlichen Gewalt und diesen Ausschreitungen. Andererseits hat die Diskussion auf kantonaler Ebene den Vorteil, dass sie aus einer gewissen Distanz stattfindet. Ich denke, die Fraktionen haben eine gute und sachliche Auslegung vorgenommen. Aus meiner Sicht war vielleicht das freisinnige Votum hier eine Ausnahme. Auch die EVP stellt sich viele Fragen im Zusammenhang mit der Reitschule, Fragen zum Thema

Sicherheit und Transparenz, aber auch zur Kommunikation. Für mich war es zum Beispiel sehr befremdend, zum ersten Mal in meinen zehn Jahren als Grossrat eine anonyme Einladung zu einem Mittagsanlass zu erhalten. Ich finde dies von der Kommunikation her betrachtet nicht vorbildlich. Das war aber nicht der Grund, warum ich diesen Anlass nicht besucht habe. Ich hätte ihn besucht, wenn es mir möglich gewesen wäre. Doch ich denke, gerade bei der Kommunikation sind Verbesserungen zu machen. Die EVP ist jedoch grundsätzlich der Meinung, dass diese Frage primär auf der Ebene der Stadt zu klären ist. Deshalb folgt sie als Fraktion grosso modo den Anträgen des Regierungsrats. Dies gilt insbesondere für Ziffer 1 betreffend die notwendige Polizeipräsenz. Wir nehmen die Ziffer 1 an und schreiben sie ab.

Bei Ziffer 2 mache ich einen kleinen Vorbehalt: Hier möchten wir gerne zuerst vom Regierungsrat hören, warum er abschreiben will. Wir haben es schon gehört: In diesem Bereich besteht eine Pendenz. Es stellt sich jedoch die Frage, bei wem diese Pendenz liegt. Ziffer 3 lehnen wir ab. Wir sind der Meinung, dass die Rollenteilung gewahrt bleiben muss und man keine Lösung erzielt, indem man das Problem auf die Kantonsebene anhebt.

Daniel Beutler, Gwatt (EDU). Ich komme mit leeren Händen. Grossrat Wüthrich, man kann mit vielen Worten harte Fakten weichreden. Der Stein, den Grossrat Guggisberg gezeigt hat, bestätigt die Aussagen des Leiters der Insel-Notfallstation. Dieser sagt, dass wir heute eine neue Dimension der Respektlosigkeit und Brutalität erreicht haben. Es wird auf Leute eingetreten, die bewusstlos am Boden liegen. Ich kann nicht verstehen, warum man solche Dinge weichredet. Ich frage mich: Ist diese Reitschule ein «gallisches Dorf», oder befindet sie sich auf Kantonsgebiet? Bei Punkt 3 waren wir uns in der EDU-Fraktion nicht ganz schlüssig. Wir wollen nun Grossrat Klopfenstein die Stange halten und beantragen die Zustimmung. Man sollte jetzt wirklich etwas in dieser Richtung unternehmen. Den Optimismus von Grossrat Wüthrich betreffend die neue grün-rote Regierung teile ich nicht.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern.

Patric Bhend, Steffisburg (SP). Ich habe mich auch schon für eine repressivere Haltung in dieser Sache ausgesprochen. Ich habe Kollegen, die bei der Polizei arbeiten. Bei einer früheren Debatte habe ich gesagt, ich wolle nicht so lange zuschauen und warten, bis es Tote gebe. Wahrscheinlich ist es leider so, dass zuerst so etwas geschehen muss, bevor sich etwas ändert. Doch hier möchte ich trotzdem folgendes sagen: Wir haben eine klare Aufgabentrennung. Dennoch diskutieren wir nun über einen weiteren Vorstoss, mit dem wir in die Gemeindeautonomie eingreifen. Ich bin vielleicht anderer Meinung als gewisse Kolleginnen und Kollegen aus der Stadt Bern, aber es ist die Aufgabe der Stadt, diese Angelegenheit zu regeln und die Sicherheit der Polizisten und Feuerwehrleute zu gewährleisten. Es gibt dazu einen Leistungsvertrag mit dem Kanton. So ist dies geregelt. Dieser Vorstoss bewegt sich somit völlig auf der falschen Ebene. Es gibt ein paar wenige Geschäfte, die uns immer wieder hemmen. Wir haben im Grossen Rat schon Stunden über die Reithalle diskutiert, obwohl diese ganz klar ein Gemeindethema ist. Wenn wir über die vielen Institutionen in den anderen Gemeinden gleich lang diskutieren würden, kämen wir nirgends hin. Ich nehme jetzt kein Blatt vor den Mund: Mir geht es ähnlich bei der Diskussion um den Berner Jura. Damit haben wir uns endlos beschäftigt und stundenlange Diskussionen geführt, und wir haben den Kanton Bern dabei nicht wirklich weitergebracht. Dieser Vorstoss gehört für mich in dieselbe Kategorie. Er gehört nicht hierher, sondern in die Stadt Bern. Deshalb bitte ich Sie, ein Zeichen zu setzen und diesen Vorstoss abzulehnen.

Patrick Freudiger, Langenthal (SVP). Einige Male wurde nun das Argument der Gemeindeautonomie vorgebracht und gesagt, es ginge um eine städtische Angelegenheit. Doch liebe Kolleginnen und Kollegen, hat denn irgendwer den Eindruck, die Gemeindeautonomie sei ein Freipass dafür, dass eine Körperschaft eine Aufgabe vernachlässigen und untätig bleiben darf, ungeachtet der Konsequenzen? Ganz sicher nicht! Gemeindeautonomie bedeutet auch, dass eine Gemeinde fähig und willens ist, ihre Hausaufgaben zu machen. Gerade diejenige Seite, die jetzt das Argument der Gemeindeautonomie vorgebracht hat, hat sonst keine Probleme damit, zu sagen, namentlich eine Landgemeinde sei nicht mehr fähig, eine Aufgabe zu erfüllen, weshalb man ihr diese wegnehmen müsse. Nun klingt es auf einmal anders. Wenn eine Gemeinde ein bisschen zu viel einzont, wird die baurechtliche Grundordnung nicht genehmigt. Arbeitet sie bei den Finanzen nicht sauber genug, greift die kantonale Finanzaufsicht ein. Widersetzt sich eine Gemeinde einer Fusion, drohen ihr heu-

te Kürzungen bei den FILAG-Geldern und unter Umständen sogar eine Zwangsfusion. Funktioniert die Gemeindeverwaltung nicht ordnungsgemäss, hat man aufsichtsrechtliche Anzeige- und Beschwerdemöglichkeiten. In all diesen Bereichen ist es klar, dass der Kanton einschreitet, wenn eine Gemeinde ihre Aufgaben nicht erfüllt. Wenn eine Gemeinde ihre Gemeindeaufgaben nicht wahrnimmt, dann muss der Kanton einschreiten, das ist das Wesen der Aufsicht. Mir leuchtet nicht ein, warum hier etwas anderes gelten soll.

Die Stadt Bern weigert sich seit Jahrzehnten, das Problem Reitschule an die Hand zu nehmen. Kürzlich hat es der Stadtpräsident, Herr Tschäppät, zur Chefsache gemacht, doch getan hat er nichts. Er hat nur ergebnislos herumgeredet. Man hat den Soziologen Ueli Mäder engagiert, der angeblich unparteiisch, aber in Tat und Wahrheit ein formidabler Reithalle-Sympathisant ist. Das Gutachten ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben steht. Man sieht untätig zu, wenn die Polizei Ansprechpersonen sucht und der Anruf ins Leere geht. In der Reithalle herrscht eine organisierte Unverantwortlichkeit, auch wenn nur einige wenige Leute tatsächlich Gewalt ausüben. Die Organisation Reithalle kann oder will dieses Problems nicht Herr werden. Eine Organisation, die ein Problem nicht löst, macht sich selber zu einem Problem und muss aufsichtsrechtliche Massnahmen gewärtigen. Deshalb ist es richtig, wenn der Kanton das Heft in die Hand nimmt. Ganz zum Schluss, bevor ich unterbrochen werde: Ich danke allen, die die Punkte 1–3 gutheissen, und ich danke auch all denjenigen, welche diese Punkte ablehnen und damit unfreiwillig Beihilfe leisten für die Volksinitiative «Keine Steuergelder für die Reitschule». Vielen Dank Ihnen allen.

Präsident. Ich habe die Rednerliste auf verschiedene Bitten hin nochmals für 30 Sekunden geöffnet. Danach können Sie mir schöne Augen machen, wie Sie wollen, ich öffne sie nicht mehr. (*Heiterkeit.*)

Thomas Fuchs, Bern (SVP). Grossrat Freudiger hat treffend ausgeführt, dass man einschreiten muss, wenn eine Gemeinde nicht in der Lage ist, ihre Probleme zu lösen. Dass man mit dem Thema Reitschule auf der linken Seite keine Lorbeeren holen kann, ist klar. Darum geschieht auch nichts, und es wird auch künftig nichts geschehen. Grossrat Wüthrich, die Aussage mit der neuen Regierung und der Hoffnung, dass sich jetzt etwas ändern würde, eignet sich nicht einmal als Aprilscherz. Es ist schon erstaunlich, dass sich Herr Wüthrich, der ja auch noch den Polizeiverband leitet, hier als Sprecher hervorgetan hat. Wenn ich dieses Amt inne hätte, würde ich lieber sitzenbleiben und vielleicht eine der linken Frauen ans Rednerpult schicken, oder jemanden, der wenigstens selber in der Reitschule aktiv ist. Das ist das Problem der linken Seite: Sie wird von den linken Medien geschont, darum tut sie nichts. (*Unruhe.*) Es sind Ihre Leute, die dort an vorderster Front aktiv sind. Ein Beispiel: «F... dich, Nause!» Dies steht auf dem Profilbild eines Mitglieds Ihrer Partei! Derjenige, der verurteilt wurde, ist der Sohn der Präsidentin der SP Kanton Bern. Die Medien durften dies nicht schreiben, weil sie Angst hatten! (*Grosse Unruhe.*) Nicht der aktuellen Präsidentin, sondern der Vorgängerin. Grossrätin Marti ist entlastet, aber nur in diesem Punkt. Genau das ist der Punkt. Diese Person arbeitet im Sicherheitsdienst, doch das ist alles kein Problem. Deshalb muss ich es hier sagen, wenn die Medien schon nichts sagen. So kommt es zumindest hier auf den Tisch.

Martin Schlup, Schüpfen (SVP). Mich hat auch Grossrat Bhend ein wenig aus der Reserve gelockt mit seinen Aussagen zur Gemeindeautonomie. Ich kann Ihnen ein Beispiel vom vergangenen Sommer nennen: Ich war Festwirt am Seeländischen Turnfest in Schüpfen. 3000 Turner haben ein feucht-fröhliches Fest veranstaltet. Es gab keine Schlägereien. Bis um zwei oder drei Uhr morgens lief alles wunderbar, es hätte eigentlich gar keine Polizei gebraucht. Am Ende kam die Polizei doch noch, um den Lärm zu messen. Wir hatten sechs Dezibel zu viel. Dafür habe ich als Festwirt eine Busse im Umfang von 700 Franken oder fünf Tagen Gefängnis erhalten. Wenn man dies hört und sieht, was in der Reithalle geschieht, kann man noch lange mit der Gemeindeautonomie argumentieren, doch ich als Bürger komme mir dabei «vera...t» vor. Hier müssen wir eingreifen. Ich habe der Polizei gesagt, sie solle zuerst in der Reithalle aufräumen. Dafür habe ich dann einen bösen Anruf erhalten, doch ich stehe noch heute zu dieser Aussage. Die Polizei selber kann nichts dafür, aber ich denke, wir müssen überall ansetzen, damit das Ganze wieder etwas mehr ins Gleichgewicht kommt.

Meret Schindler, Bern (SP). Grossrat Schlup, die Rechtsgleichheit gilt auch im Seeland. Zu Grossrat Beutler: Die Reitschule steht eben nicht auf Kantonsboden, sondern auf städtischem Boden. Sie wurde in den letzten paar Jahren fünf Mal vom Volk legitimiert. Es gibt somit schon gewisse Grün-

de, warum die Stadt Bern hinter der Reithalle steht. Ich bin keine aktive Reithallenbesucherin. Ich bin einfach oft dort im Ausgang. Wie ich am Donnerstag anlässlich des Rundgangs gesagt habe, habe ich in den 16 Jahren, während denen ich in der Reithalle verkehre, ein einziges Mal einem jungen Mann sagen müssen, er solle keine Flaschen werfen. Der Typ war sehr betrunken und wollte Flaschen auf Autos werfen. Ich sagte, er solle es bleiben lassen, und er liess es dann auch bleiben. Das ist das Kriminellste, das ich dort erlebt habe. Ich habe an anderen Ausgeh-Orten schon viel schlimmere Dinge gesehen. Grossmehrheitlich ist die Reithalle ein sehr friedlicher Ort. Ich sage es jetzt offiziell: Wenn die Donnerstags-Sitzung der Januarsession zu Ende ist, gehe ich mit jenen, die das wollen, ins Reithalle-Restaurant Sous le Pont. Dort können wir ein Bier trinken und einen Apéro zu uns nehmen.

Präsident. Danke für die Einladung. Vielleicht wird der Apéro auch am Dienstag oder Mittwoch stattfinden, je nachdem, wie schnell wir im Januar fertig sein werden.

Roland Näf-Piera, Muri (SP). Ich habe den Eindruck, dass die Diskussion recht gehässig geworden ist. Es sind viele Emotionen im Spiel. Ich habe auch ein gewisses Verständnis dafür, dass man sagt, man könne keinen Raum akzeptieren, in dem die staatliche Gewalt nicht erste Priorität genießt. Ich denke, darin sind wir uns einig. Doch angesichts einer Situation, wie sie auf dem Vorplatz der Reitschule herrscht, muss man etwas pragmatisch sein. Wie sieht die Situation konkret aus? Gehen Sie nächsten Freitag- oder Samstagabend zum Vorplatz und schauen Sie, was dort abgeht. Manchmal befinden sich dort mehrere hundert bis tausend Jugendliche aus der Agglomeration. Gerade aus Muri zum Beispiel gehen sehr viele Jugendliche dorthin. Nachdem nun von Grossrat Fuchs derart massive Angriffe auf Grossrat Wüthrich erfolgt sind, möchte ich folgendes sagen: Ich bin davon überzeugt, dass für Grossrat Wüthrich die Sicherheit der Polizistinnen und Polizisten im Kanton Bern Priorität hat. Schauen Sie sich an, was auf dem Vorplatz der Reitschule abgeht. Wenn man nun mit 30 Polizistinnen und Polizisten dort hinginge, dann hätten wir in der Stadt Bern wieder Verhältnisse wie zu Zeiten der Zaffaraya-Besetzung. Ich kenne die Situation, die in den 80er-Jahren geherrscht hat, aus eigener Anschauung. Die «Tanz-dich-frei-Demo» ging in eine ähnliche Richtung. Solche Strassenschlachten möchte ich nicht mehr erleben. Natürlich können Sie mit dem Gewaltmonopol des Staates und mit dem Rechtsstaat argumentieren. Doch wenn wir jetzt so eingreifen würden, wie Sie eingreifen wollen, dann hätten wir wirklich viele verletzte Polizistinnen und Polizisten und verletzte Jugendliche, und das wollen wir nicht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, manchmal braucht es ein bisschen Pragmatismus und Vernunft.

Präsident. Zur Information: Ich habe angeordnet, dass wir die Pause verschieben, bis dieses Traktandum zu Ende besprochen ist. Ich möchte dieses Traktandum nicht unterbrechen.

Thomas Knutti, Weissenburg (SVP). Ich gehöre auch zu jenen, die letzte Woche an der erwähnten Mittagsveranstaltung teilgenommen haben. Ich habe dies geschätzt und fand es gut, dass wir die Reitschule anschauen konnten. Es wurde gut informiert. Ich war allerdings ein wenig überrascht, dass von Seiten der Reitschule gesagt wurde, man sei jederzeit gesprächsbereit, und es würde alles funktionieren. Es hiess, das Problem liege eigentlich bei der Stadt. Ich weiss nicht, wer hier lügt. Vielleicht kann der Herr Polizeidirektor mehr dazu sagen, was da genau vor sich geht. Aber ich kann nicht akzeptieren, was der Herr Kollege Wüthrich über seine Polizisten gesagt hat. Der Stein, den der Kollege Guggisberg mitgebracht hat, spricht aus meiner Sicht Bände. Nun kann man niemanden mehr in Schutz nehmen, der an diesem Vorkommnis beteiligt war. Der Kollege Schlup hat das Turnfest erwähnt. Wir haben im Kanton Bern so viele Veranstaltungen, die friedlich verlaufen, doch in der Reithalle kriegen wir das nicht hin. Es gibt keinen Grund, irgendjemanden in Schutz zu nehmen. Deshalb bitte ich Sie, dieser Motion zuzustimmen.

Michel Rudin, Lyss (glp). Mich hat Grossrat Bhend ans Rednerpult getrieben und zu meinem Kommentar bewegt. Die Politik ist eben nicht wie die Physik. In der Physik funktioniert ein Perpetuum Mobile nicht, in der Politik ist dies offensichtlich anders. Es stellt sich nur die Frage, wer den Stein ins Rollen gebracht hat.

Präsident. Nun hat der Herr Regierungsrat das Wort.

Hans-Jürg Käser, Polizei- und Militärdirektor. Die Situation rund um die Reithalle ist für unsere

Polizistinnen und Polizisten belastend, nicht für die Polizistinnen und Polizisten von Grossrat Wüthrich. Das sind unsere Leute. Deshalb wird Punkt 1 des Vorstosses von der Regierung zur Annahme und gleichzeitig zur Abschreibung empfohlen. Die Polizei muss immer im Rahmen der Lagebeurteilung Schwerpunkte setzen. Rund um die Reithalle befindet sich ein solcher Schwerpunkt. Es ist aber keine Lösung, permanent mit 150 Polizisten in Kampfmontur dort bereit zu stehen. Das polizeiliche Handeln hat auch etwas mit Verhältnismässigkeit zu tun. Ein permanenter Einsatz der Polizei rund um die Reithalle ist nicht möglich. Deshalb beantragt die Regierung die Annahme und Abschreibung dieses Punkts.

Zu Ziffer 2: Ich habe nicht gezählt, wie viele Sitzungen ich zum Thema Reithalle in meiner Zeit als Polizeidirektor mit den städtischen Politikern, mit der Polizei und mit dem Regierungsstatthalter abgehalten habe. Glauben Sie ja nicht, es habe nur eine einzige Sitzung gegeben! Es gab auch Sitzungen nach der Nacht vom 5. auf den 6. März. Die Ausgangslage besteht meiner Meinung nach darin, dass es sich um eine städtische Einrichtung handelt. Der Gemeinderat der Stadt Bern hat mit jenen, die angeben, diese Einrichtung zu vertreten, eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Die Stadt akzeptiert das Prinzip der Vollversammlung der Reithalle. Wenn nun der Gemeinderat mit der IKUR reden will, und die Vollversammlung beschliesst, mit diesen Leuten nicht zu verhandeln, dann gibt es kein Gespräch. Das ist nicht die Art Demokratie, die ich mir vorstelle. Das war anno 1968 einmal eine Idee oder eine Vision. Solange der Gemeinderat einen Partner hat, mit dem er sich nicht auf die Spielregeln einigen kann, die in unserer Demokratie gelten, ist es etwas schwierig. Es gab auch eine Sitzung im Sitzungszimmer der POM, an der der Stadtpräsident, der Sicherheitsdirektor und der Regierungsstatthalter teilnahmen. Wir haben dabei die Problematik des Sicherheitsdienstes und des Sicherheitskonzepts diskutiert. Wenn hier drin jemand glaubt, man könne der IKUR einen Sicherheitsdienst aufs Auge drücken, mit dem diese nicht zusammenarbeiten will, und damit sei das Problem gelöst, dann ist das ein Träumer. Deshalb haben wir gesagt, es müsse ein neues Sicherheitskonzept erarbeitet werden. Auch der Statthalter war klar dieser Meinung. Weiter muss die Kapo einbezogen werden. Fünf Wochen nach der erwähnten Sitzung lese ich in den Medien, dass man jetzt ein neues Sicherheitskonzept habe. Doch die Kapo wurde nie einbezogen. Ich kann der Stadt nicht vorschreiben, wie sie mit diesem Problem umzugehen hat. Ich kann etwas dringend wünschen, und ich kann den Statthalter dazu bringen, sich einzusetzen. Unter der Ziffer 2 steht: «Die Regierung wird aufgefordert, beim Regierungsstatthalter dafür zu sorgen, dass...». Das kann ich nicht. Es ist auch kein sinnvoller Ansatz. Deshalb haben wir die Annahme und gleichzeitige Abschreibung dieser Ziffer beantragt.

Zu Ziffer 3: Es wäre noch juristisch abzuklären, wie die Regierung in diesem Sinn auf die Stadt zugehen soll. Wie nimmt sie der Stadt ihre Gemeindekompetenzen in diesem Bereich weg? Auf welche gesetzliche Grundlage würde sie sich dabei stützen? Wir haben bekanntlich einen Ressourcenvertrag mit der Stadt Bern abgeschlossen, was die Polizei angeht. Innerhalb dieses Ressourcenvertrags werden die Einsätze der Polizei rund um die Reithalle von der Stadt bezahlt. Es geht hier manchmal um einen hohen, und manchmal um einen weniger hohen Betrag. Das ist unsere gesetzliche Grundlage. Es wäre ein Novum, wenn der Kanton so etwas tun wollte. Wir müssten gut prüfen, unter welchem Titel dies zu geschehen hätte. Ich beantrage Ihnen deshalb, dieses Geschäft so zu beschliessen, wie es von der Regierung beantragt wurde.

Präsident. Der Motionär hat nochmals das Wort gewünscht.

Lars Guggisberg, Kirchlindach (SVP). Ich danke dafür, dass es doch einige konstruktive Beiträge gegeben hat. Nun möchte ich zur Sachlichkeit mahnen. Diejenigen, die noch unentschlossen sind, möchte ich dazu aufrufen, sich nochmals nüchtern und gelassen zu überlegen, welchen Knopf sie drücken wollen. Es ist ein Irrglaube, zu meinen, man müsse höchstens den kleinen Gemeinden in unserem Kanton helfen, wenn etwas nicht funktioniert. Es kann durchaus sein, dass man einmal einer grossen Gemeinde helfen muss. Vielleicht braucht Grossrat Lanz' Thun demnächst Hilfe, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Schloss, oder Grossrätin Zächs Burgdorf oder Grossrat Rufeners – und bald Reto Müllers – Langenthal, Alt-Grossrat Anteners Langnau, Grossrat Gfellers Worb oder Grossrat Studers Köniz. Wir sind die ganze Zeit damit beschäftigt, Gemeinden zu helfen! Hier möchten wir einmal einer grossen Gemeinde helfen, und wenn es auch die Stadt Bern ist. Das ist nichts Schlechtes.

Ich möchte noch auf ein paar Voten eingehen. Grossrätin Linder: Vielen Dank, das sind sehr schöne Worte, die ich schätze. Grossrätin Linder glaubt an das Gute, aber irgendwann einmal ist Schluss, dann braucht es Taten. Ich bin auch nicht sicher, ob die Probleme mit dieser Motion gelöst

werden, doch es ist zumindest einen Versuch wert. Grossrat Wüthrich hat sein Votum mit der Aussage begonnen, dass man solche Geschehnisse nicht tolerieren könne. Er toleriert sie aber, weil er nichts anderes tut, als Diskussionen zu fordern. Mit Diskussionen haben wir während 30 Jahren nichts erreicht.

Noch etwas: Ich verlange mit diesem Vorstoss keine Schliessung. Ich verlange ganz wenig. Wir sagen auch, dass die Stadt von der strategischen Verantwortung zu entlasten sei. Entlasten heisst nicht «erlösen». Es heisst, dass die Regierung und die Stadt das Ganze gemeinsam aushandeln sollen. Ich formuliere nun eine letzte Bitte, bevor wir zur Abstimmung kommen: Wenn Sie nicht wollen, dass es Tote gibt, dann nehmen Sie diesen Vorstoss, der nicht zu viel verlangt, an. Helfen Sie mit! Wir wehren uns nicht gegen die Abschreibung des ersten Punkts, doch wir hoffen, dass Sie den Punkt 2 annehmen und die Abschreibung bestreiten. Bei Punkt 3 werden wir wohl unterliegen, doch wir lassen ihn so stehen.

Präsident. Wir kommen zur Abstimmung und stimmen ziffernweise ab. Wer Ziffer 1 dieser Motion annehmen will, stimmt ja, wer dies nicht will, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 1)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 97

Nein 38

Enthalten 6

Präsident. Sie haben Ziffer 1 angenommen. Wir befinden über deren Abschreibung. Wer Ziffer 1 abschreiben will, stimmt ja, wer dies nicht will, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 1; Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Abschreibung

Ja 84

Nein 56

Enthalten 0

Präsident. Sie haben Ziffer 1 abgeschrieben. Wer Ziffer 2 als Motion annehmen will, stimmt ja, wer dies nicht will, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 2)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 94

Nein 43

Enthalten 3

Präsident. Sie haben Ziffer 2 angenommen. Wir befinden über die Abschreibung. Wer Ziffer 2 abschreiben will, stimmt ja, wer sie nicht abschreiben will, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 2; Abschreibung)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung der Abschreibung

Ja 61

Nein 75

Enthalten 3

Präsident. Sie haben Ziffer 2 nicht abgeschrieben. Wir kommen zu Ziffer 3. Wer Ziffer 3 als Motion überweisen will, stimmt ja, wer dies nicht tun will, stimmt nein.

Abstimmung (Ziff. 3)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja 52

Nein 85

Enthalten 3

Präsident. Sie haben Ziffer 3 abgelehnt. Wir fahren um 17.10 Uhr weiter. Seien Sie bitte sehr pünktlich, damit wir den Zeitplan einhalten können. Bitte einigen Sie sich auch noch, wer diesen Stein mit nach Hause nimmt. Und gehen Sie ein wenig an die frische Luft, bevor wir die nächsten Traktanden behandeln.

Schluss der Sitzung um 16.38 Uhr.

Die Redaktorinnen:

Sara Ferraro (d)

Catherine Graf Lutz (f)